

# Gesamtschule beschränkt Zahl der Inklusionsschüler

Auch Hildesheimer Bildungseinrichtungen berichten von fehlendem Personal

Von Christian Harborth

**Hildesheim.** Auch Hildesheimer Schulen berichten von erheblichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Inklusion. Die von der HAZ befragten Bildungseinrichtungen erklären unisono, zu wenig Personal für die bestehenden Aufgaben zur Verfügung zu haben.

Die Oskar-Schindler-Gesamtschule (OSG) zieht aus diesem Grund jetzt die Reißleine. „Wir werden vom nächsten Schuljahr an nicht mehr als zwölf Prozent Inklusionsschüler aufnehmen“, sagt OSG-Leiterin Andrea Berger. Zeit-

weise habe die Schule von der Marienburger Höhe einen Anteil von 15 Prozent gehabt.

Berger bemängelt, dass aktuell rund 60 Lehrerstunden pro Woche fehlten, um dem Förderschulbedarf in den Klassen nachzukommen. Derzeit verfüge die OSG über neun Kollegen, die zusammen 120 Wochenstunden stemmten.

„Bei uns fehlt es ebenfalls an allen Ecken und Enden“, sagt Schulleiter René Mounajed von der Robert-Bosch-Gesamtschule (RBG). „Das wird auf dem Rücken der anderen Kollegen ausgetragen“, so Mounajed.

Doch das Problem existiert nicht nur an den Gesamtschulen. Grundschulen würden bei den Förderschullehrern nach dem Gießkannenprinzip bedacht, sagt etwa Ursula Oehlschläger, Rektorin der Grundschule Pfaffenstieg. Alle Grundschulen bekämen zwei Lehrerstunden pro Woche und Klasse – und das unabhängig von ihrer Gesamtschülerzahl oder der Zahl der tatsächlichen Inklusionsschüler. „Das ist ungerecht“, sagt Oehlschläger. Im Gegensatz zu vielen Verbandsvertretern aus dem Land sieht sie die Inklusion als Ganzes deshalb trotzdem nicht gefährdet.

„Ich bin überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“

Bei der Beurteilung der Gründe sind sich die Schulleiter aus Hildesheim ebenfalls einig: Es fehle das Personal. Bewerber gebe es zwar genug – aber nicht genügend Hochschulen, die die jungen Leute ausbilden. „Das ist der alte Streit zwischen dem Kultusministerium und dem Wissenschaftsministerium“, sagt OSG-Leiterin Berger. Das Wissenschaftsministerium ist für die Ausbildung der jungen Leute zuständig, das Kultusministerium dafür, dass sie nach der Prüfung in den Schulen unterkommen.